



SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST

BONN, Friedrich-Ebert-Allee 170

Fernsprecher 37654-59
Fernschreiber 039 890

P/VIII/130 - 8.6.53

Hinweise
auf den Inhalt:

Die Zonengrenztagung der SPD	S. 1
Kirchliche Spannungen in Spanien	S. 3
Neue Tendenzen in der Montan-Union	S. 5
"Mangelware" junge Landarbeiter	S. 6

Deutschlands brennende Wunde

-tt- Vor etwa einem Jahre, am 27.Mai 1952, hatte die Pankower Regierung durch ihre brutalen Sperrmaßnahmen an der Zonengrenze den Eisernen Vorhang bis auf ganz wenige Spalten zugemacht, und seitdem wird die Gesamtsituation der sieben Millionen Westdeutschen, die entlang der über 2000 km langen Zonengrenze leben, von Tag zu Tag verzweifelter. Die Pankower Zwangsmaßnahme, gegen die das amtliche Bonn bisher nur pathetische Erklärungen abgegeben hat, ohne die westalliierten Hochkommissare zu Verhandlungen über ihre Wiederaufhebung zu veranlassen, hat engste wirtschaftliche Verflechtungen zerstört und droht allmählich aus Räumen, die schon durch das politische Ereignis der Zonenteilung sehr benachteiligt worden sind, absolute Elendsgebiete zu machen. Der 27.Mai 1952 hat nicht weniger als 165 Verkehrsverbindungen zwischen West und Ost, aber auch zwischen West und West zerschnitten, so daß heute viele Verbindungen zwischen dem Zonengrenzgebiet und dem übrigen Westdeutschland um ein Viertel oder mehr verlängert und die Frachtkosten bis zu 60 Prozent erhöht worden sind. Der Rohstofftransport vom Rheinland ins Zonengebiet hat sich oft noch mehr verteuert, so etwa bei rheinischer Braunkohle bis über 100 Prozent.

Das Ergebnis dieser katastrophalen Entwicklung läßt sich an einigen dürren Zahlen zeigen: Rund 80 Prozent aller westdeutschen

Arbeitslosen wohnen in den von der Zonensperre betroffenen Ländern, allein die 25 Arbeitsämter des Zonengrenzgebietes betreuen nicht weniger als über 250000 Arbeitslose, die Hälfte aller westdeutschen Kurzarbeiter ist ebenfalls in diesen Räumen zu finden und 75 Prozent der 590000 westdeutschen Arbeitslosenfürsorge-Empfänger, also der ausgesteuerten Dauerarbeitslosen, nämlich 450000 hoffnungslose Menschen, vegetieren im Schatten des Eisernen Vorhanges.

Das ist die Situation, die für jeden, der nur einmal mit offenen Augen durch das Zonengrenzgebiet fährt, eine lähmende Erkenntnis der Trostlosigkeit wird. Was tut das amtliche Bonn um zu verhindern, daß das deutsche Volk diese brennende und schwärende Wunde an seinem eigenen Körper einfach als gegeben hinnimmt? Seit etwa einem Jahr liegt der Bundesregierung sorgfältig und gewissenhaft erarbeitetes Material der vier besonders betroffenen Länder Schleswig-Holstein, Niedersachsen, Hessen und Bayern über die ungeheueren Schäden vor, die allein durch die totale Zonensperre der Pankower Regierung akut eingetreten sind. Was macht das amtliche Bonn, nachdem es in einer ersten Regung gewisse unzureichende Summen zur Verfügung gestellt hatte? Der Bundesfinanzminister bestreitet die rechtliche Verpflichtung zu einer weiteren Bundeshilfe, schiebt die Verantwortung den Ländern zu und hat die Bereitstellung der vom Kabinett schon bewilligten 29 Millionen M, die doch nur ein Tropfen auf den heißen Stein sind, einfach abgelehnt. So bleiben als "Bundeshilfe" heute nur drei Millionen M aus ERP-Mitteln, die außerdem nur in Form von sogenannten "Kleinstkrediten" ausgegeben werden.

So also sieht die Einstellung der Regierung Adenauer gegenüber einer der wichtigsten nationalpolitischen Aufgaben der Bundesrepublik aus: Während die Bonner Regierung wie gebannt nach dem Westen schaut, steht sie mit dem Rücken nach Osten und wird nur aufmerksam, wenn es dort brennt. Das Gebot der Stunde kann es aber nur sein, unter Einsatz aller verfügbaren Mittel dafür zu sorgen, daß die Räume an der Zonengrenze nicht etwa jetzt schon zu einem Gebiet "der verbrannten Erde" werden. Es ist die Aufgabe des Bundes, die wirtschaftliche Sanierung dieser Gebiete in die Hand zu nehmen und voranzutreiben, weil weder Länder noch Gemeinden dazu in der Lage sind. Es muß nicht nur jede weitere Entblößung dieser Zonengebiete durch Abwanderung von Industrien und Facharbeitern verhindert werden, es müssen die bestehenden Betriebe gefördert und der Bau neuer Werke erleichtert werden. Die Räume an der Zonengrenze müssen die wirtschaftlich stärksten und die sozial widerstandsfähigsten Gebiete der Bundesrepublik werden, wie der SPD-Vorsitzende Erich Ollenhauer auf der sozialdemokratischen Zonengrenztagung in Kassel sagte, die als ein Warn- und Mahnruf an das deutsche Volk in letzter Stunde angesehen werden muß.

An der Hilfe, die wir diesen Gebieten wirklich zuteil werden lassen, wird man in der Welt die Kraft erkennen, die wir bereit sind, für die Wiedervereinigung und für die Lösung ihrer vielseitigen menschlichen, sozialen, politischen und wirtschaftlichen Probleme aufzubringen. Kein Mensch in dem 50 Kilometer breiten Zonengrenzgürtel will auch nur ein einziges pathetisches Wort noch aus Bonn hören, die sieben Millionen im Schatten des Eisernen Vorhanges wollen handgreifliche Taten sehen. Wenn die Regierung Adenauer versagt, dann muß das Volk neue Männer an die Arbeit rufen.

Franco und der Bischof von Sevilla
Von unserem Sr-Spanienmitarbeiter

An streitbaren Kirchenfürsten fehlt es nie in Spanien. Sie gehören sozusagen zur Landschaft, vor allem zur politischen Landschaft des Landes. Und unter ihnen ist der Kardinal Segura, Erzbischof von Sevilla, unzweifelhaft der Streitbarste.

Obwohl man diesseits der Pyrenäen meistens annimmt, daß Spanien unter der Herrschaft des General Franco zu den Staaten Europas gehört, in denen die katholische Kirche allmächtig und dem weltlichen Staate nicht nur gleich, sondern meistens übergeordnet ist, findet sich der Erzbischof von Sevilla oft im Gegensatz zum politischen Regime des heutigen Spanien. Dieser Gegensatz ist allerdings nicht grundsätzlicher Natur. Er kam jüngst eklatant zum Ausdruck als der Staatschef Sevilla besuchte und dort eine seiner bombastischen Reden hielt, die den Andalusiern bereits ein wahres Paradies auf Erden vorgaukelten, da angeblich in kurzer Zeit alle wegen Trockenheit brachliegenden Gegenden des spanischen Südens durch Francos weise Bewässerungspolitik fruchtbar werden würden.

In Sevilla hatte Franco vor Jahren allerdings auch gesagt, er werde seinen damaligen Freunde Hitler mit einer Million spanischer Freiwilliger zu Hilfe eilen, wenn Berlin je von den Russen bedroht würde. Und die Sevillaner sind geneigt, der diesjährigen Rede Francos in ihrer Stadt ebenso viel Wert beizumessen wie der seinerzeitigen Waffenhilfe für Berlin.

Doch ist es nicht die Rede des Staatschefs, die den Kardinal Segura von Sevilla so erboste, daß er seinen Pfarrern verbot, für General Franco die Frühmesse zu lesen und dieser sich einen Militärgeistlichen bestellen mußte. Kardinal Seguras Opposition gegen Franco ist nicht von heute und auch nicht von gestern. Einstmal war Segura nämlich nicht nur erklärter Monarchist, sondern außerdem bei Hofe gut angesehen. Seinen Beziehungen zum letzten König von Spanien, Alfons XIII. dankte er seine Berufung als Primat von Spanien, das höchste kirchliche Amt in Spanien, das mit dem Bischofssitz in Toledo verbunden ist.

Dann aber kam die Republik, und der Vatikan hielt es für

angezeigt, sich auf den Boden der republikanischen Tatsachen zu stellen. Da dennoch eine Reihe kirchlicher Privilegien in Frage gestellt waren und Segura in diesem Zusammenhang eine heftige und rein politische Propaganda für die Monarchie betrieb, wurde er schließlich ausgewiesen. Der damalige republikanische Innenminister, ein frommer Katholik und Mann des rechten Flügels der bürgerlichen Republikaner, Miguel Maura, mußte den streitbaren Kirchenfürsten sogar unter Polizeieskorte an die Grenze schicken, denn Segura war ganz einfach wieder umgekehrt.

Später kam der Bürgerkrieg und im Verlauf der Entstehung des neuen totalitären Staates unter der Leitung des General Franco wurde ein anderer, dem General Franco genehmer Erzbischof, Primat von Spanien, und Kardinal Segura mußte sich nach Sevilla zurückziehen.

Daher die Fehde zwischen Sevilla und Madrid, die von Zeit zu Zeit aufflackert und oftmals politischen Charakter trägt. So kritisierte vor einem Jahre Kardinal Segura jede politische Verbindung mit ungläubigen Völkern, womit die arabischen Staaten gemeint waren, die der spanische Außenminister Artajo damals bereiste. Mitunter versucht Segura auch, die Katholische Arbeiter Aktion gegen die Staatsgewerkschaften der "Falange" vorzuschieben; meist allerdings mit negativem Erfolge, denn diese Organisationen bilden das Rückgrat des totalitären Staates und seines politischen Kontrollapparates.

Als aber General Franco nun gar nach Sevilla kam, zeigte Kardinal Segura öffentlich, daß er den Staatschef nicht liebt. Er zeigte sich ganz einfach nicht - ein unerhörter Vorgang in einem Lande, in dem nie die Spitzen der Kirchenbehörde fehlen, wenn sich der Leiter des totalitären Einmannstaates öffentlich zeigt.

+ + +

Außenpolitik der Montan-Union

(sp) Der zu enge Rahmen und die unzureichende Konstruktion der Montan-Union, der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl, sind in immer stärkerem Maße Ausgangspunkt reformistischer Überlegungen, deren Notwendigkeit nun auch in Kreisen der Montan-Union selbst kaum noch bestritten wird. Natürlich ist man dabei gerade auf der Seite der ursprünglich vorbehaltlosen Verfechter dieser Form von europäischer Wirtschaftseinheit bestrebt, sehr vorsichtig zu operieren, weil man andernfalls leicht in die Gefahr käme, sich selbst zu widersprechen, was nie angenehm ist. Aber dem Entwicklungszug kann man sich nicht entziehen.

Das kam besonders deutlich in der kürzlichen Sitzung des Ausschusses für politische Angelegenheiten und Außenbeziehungen der Gemeinschaft zum Ausdruck, die auf diesem Gebiet den Wunsch zu einer gewissen Neuorientierung erkennen ließ. Die Vorschläge für eine Initiative der Hohen Behörde zur Aufnahme und Pflege von Beziehungen zu Ländern, die nicht zur Gemeinschaft gehören, bewegten sich nicht nur im Rahmen der schon bekannten Wünsche für ein engeres Verhältnis zwischen Montan-Union und Europarat, sondern gingen darüber hinaus. Man einigte sich auf eine Reihe von Punkten, die wichtig sind, auch wenn das vielleicht auf den ersten Blick nicht so scheinen mag. Aber man darf nie die Schwerfälligkeit einer solchen Körperschaft und das Ringgewicht einer einmal an den Anfang ihrer Existenz gestellten Bestimmung unterschätzen.

... Diese Punkte besagen kurz zusammengefaßt, folgendes:

1. Die Ausweitung des gemeinsamen Marktes auf Staaten, die nicht Mitbegründer der Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl sind, muß das Endziel der Gemeinschaft bleiben, die nicht in sich selbst abgeschlossen ist, sondern danach strebt, ganz Europa insbesondere auf wirtschaftlichem Gebiet zu vereinigen. Voraussetzung zu diesem einzigen Markt ist jedoch, daß alle Teilnehmerstaaten gleiche Rechte und gleiche Pflichten übernehmen.
2. Eine Zwischenlösung ist die Koordinierung von zwei getrennten Märkten, die durch gegenseitige Abkommen und miteinander verbunden sind. Aus diesen Abkommen, die jedes Mal auf festbegrenzten Gebieten des Kompetenzbereiches der Gemeinschaft (Märkte, Preise, Investitionen, Produktion, Transport usw.) geschlossen sind, wird sich progressiv ein Ganzes an gemeinsamen Regeln entwickeln, die, auf lange Sicht hin, Rahmen und Inhalt eines

- Assoziationsvertrages bilden können.
3. Ob es sich nun darum handelt, einen gemeinsamen Markt zu errichten oder getrennte Märkte zu koordinieren, so kann das Ziel entweder durch die Schaffung einer überstaatlichen oder internationalen Behörde oder durch ein System paralleler Gesetzgebungen, d.h. gleichartiger Beschlüsse erreicht werden, die zur gleichen Zeit von den jeweils zuständigen Behörden in den verschiedenen, davon betroffenen Gebieten gefaßt werden.
 4. Wenn Großbritannien oder irgendein anderes assoziiertes Land entschlossen ist, festumrissene Verpflichtungen auf sich zu nehmen, so ist sicher, daß die Gemeinschaft versuchen wird, Vertreter dieser Länder bei den entsprechenden Organen zuzulassen.
 5. Die Vereinheitlichung der europäischen Wirtschaft ist so wünschenswert, daß keine rechtliche Form von vornherein ausgeschaltet werden darf.

Und noch etwas ist bemerkenswert: Wenn in dem Punkt 1) vom "Endziel der Gemeinschaft" die Rede ist, so hat man damit, nach einer Erklärung im Ausschuß selbst, zum Ausdruck bringen wollen, die Gemeinschaft müsse zunächst auf zeitlich begrenzte Abmachungen hinarbeiten und könne nicht in der Haltung beharren, daß ein Verhältnis dritter Staaten zur Gemeinschaft nur in der Form einer Assoziation bestehen kann, die im Grunde genommen den Anschluß an, oder, wenn man will, sogar die Unterwerfung unter das Prinzip der supranationalen Behörde darstellt.

Bei alledem handelt es sich zunächst gewiß um kaum mehr, als Ansätze zu einer grundsätzlich geänderten Einstellung der Montan-Union zu anderen Ländern. Aber sie sind wichtig und es wird notwendig sein, entschieden auf dem Wege dieser Bestrebungen fortzufahren.

+ + +

Junge Landerbeiter sind "Mangelware"
...aber die Verheirateten gehen stempeln

M.J. Eine der erfreulichsten Tatsachen der letzten Monate ist, daß fast alle jugendlichen Sowjetzonenflüchtlinge in der Bundesrepublik an einen Arbeitsplatz, der ihren Kenntnissen entsprach, vermittelt werden konnten. Arbeitsplätze für jugendliche Flüchtlinge sind heute nicht mehr so selten wie vor Jahren, als die Flüchtlings-Durchgangslager oftmals zu Dauerlagern wurden. Heute dauert der Durchschnittsaufenthalt selten mehr als vierzehn Tage. Aber diese Tatsachen scheinen noch nicht allgemein bekanntgeworden zu sein. Jedenfalls

nicht bei den Leuten, denen es in ihren Kram paßt, wenn Jugendliche arbeitslos auf der Straße liegen und sich für billiges Geld zu schwerer Arbeit anheuern lassen.

Da ist zum Beispiel der Fall des 17jährigen Adolf Rudolf aus Nixdorf bei Reichenberg in Sachsen. Elektrolehrling in einem VEB, war er politisch unliebsam aufgefallen. Er verließ seinen Arbeitsplatz und ging über die Grüne Grenze in den Westen, kam ins Notaufnahmelage Uelzen und wartete dort auf eine Fahrtmöglichkeit zum Jugendlager Sandbostel, von wo aus man ihn in einen westdeutschen Elektrobetrieb weitervermittelt hätte. Natürlich wußte er das noch nicht, als er in Uelzen war. Die Lagerluft bekam ihm nicht, also ließ er sich illegal und ohne Wissen der Lagerleitung in die Landwirtschaft vermitteln.

Das geschah mit Hilfe des Einsatzleiters der "Inneren Mission", Dejuhren, der eigentlich wissen sollte, daß seine Befugnisse dazu nicht ausreichen. Dejuhren vermittelte die Jugendlichen - drei waren es in diesem Falle - an einen Pfarrer aus dem Kreis Hildesheim-Marienburg, dieser wieder "vorteilte" sie an Bauern, die gerade Landarbeiter brauchten. Und so sitzt Adolf Rudolf seit dem 25. April auf einem Bauernhof, muß körperliche Arbeit verrichten, für die er gar nicht tauglich ist - und hätte doch schon seit drei Wochen in einem westdeutschen Lehrlingsheim leben und - wahrscheinlich - doppelt soviel verdienen können.

Natürlich ist dies kein Einzelfall; allwöchentlich "verduften" Dutzende von Menschen aus den verschiedenen Notaufnahmелagern, zugegeben aus den verschiedensten Gründen. Aber bei den Verpflichtungen Jugendlicher in die Landwirtschaft ist einmal ein scharfes Wort am Platz. Bei der Industrie wird Facharbeiternachwuchs gebraucht; man sollte also möglichst vielen dazu geeigneten Jugendlichen die Möglichkeit geben, dort Arbeit zu finden, wo sich ihnen auch Aufstiegschancen bieten. Der Landwirtschaft stehen allein in Niedersachsen noch etwa zehntausend arbeitslose Landarbeiterfamilien zur Verfügung. Durch den Bau von Werkswohnungen (oder auch nur die Freimachung zweckentfremdeter Werkswohnungen) wäre es möglich, diese Familien aus den Notstandsgebieten in die Orte umzusiedeln, wo landwirtschaftliche Arbeitskräfte gerade jetzt dringend benötigt werden. - Der Weg, sich für einen Sommer jugendliche Sowjetzonenflüchtlinge zu besorgen, die dann im Winter wieder auf der Straße sitzen - illegal und ohne Stempelgeld - ist zweifellos der einfachere. Um den anderen Weg zu gehen, braucht es schon einiges soziales Verantwortungsgefühl.